

Wider eine moralische Überhitzung der Politik

Predigt des Bischofs von Hildesheim

Dr. Josef Homeyer

zum Friedensgottesdienst am 06.02.2003

Seit Monaten bewegt die Debatte um Krieg oder Frieden die Öffentlichkeit. Die Fragen und Ängste reichen auch in diesen Gottesdienst, liebe Schwestern und Brüder. So wichtig und unverzichtbar diese Debatte ist, so unglücklich verläuft sie. Denn dieser Verlauf, nicht die verschiedenen Optionen gefährden die Chancen auf Frieden und die Chance auf eine globale Weltordnung.

Eine unglückliche Debatte: Da ist auf der einen Seite eine völlig übersteigerte Rhetorik der militärischen Intervention, die sich manchmal geradezu religiöser Begriffe bedient: der Kampf des Guten gegen das Böse zum Beispiel. Da ist auf der anderen Seite der Ruf nach Frieden, der aber erstaunlicherweise ebenso „gut und böse“, nur eben seitenverkehrt gegenüberstellt. Die Debatte um Krieg und Frieden, hier Säbelrasseln, dort Gesänge, ist moralisch überhitzt. Die Position der amerikanischen Regierung und einiger europäischer Regierungen sind sich auf fatale Weise ähnlich: in einer moralischen Überhitzung der Politik. Kreuzzug und Friedenszug ähneln sich – immer geht es um alles, immer geht es um gut und böse, wenn auch mit verschiedenen Vorzeichen. Dabei wissen alle: Weder bloßes Draufhauen, noch bloße Gesinnung sind hier hilfreich.

Die Kirchen, so meine ich, sollten hier vorsichtiger agieren. Sie sollten nicht, weil sie vielleicht meinen, ihre moralische Kompetenz unter Beweis stellen zu müssen, weiter zur moralischen Überhitzung der Debatte beitragen. Das ist derzeit nicht hilfreich. Sie sollten vielmehr dazu beizutragen versuchen, daß die Debatte heruntergekühlt wird und damit einen konstruktiven Verlauf nimmt. Sie sollte darauf hinweisen, daß es zunächst einmal nicht um eine moralische Debatte, sondern um eine juristische Debatte geht. Um Anspruch, Geltung und Durchsetzung des internationalen Rechts nämlich und damit um die rechtliche Vorrangstellung der Vereinten Nationen. Diese Vorrangstellung der Vereinten Nationen scheint mir nun in der Tat die zentrale Frage zu sein, denn an ihr entscheiden sich auch die zukünftigen und langfristigen Chancen einer Weltinnenpolitik und einer globalen gerechten Ordnung. Und auch hier scheint es einen unglücklichen Verlauf der Debatte zu geben: Denn jeder nationale Alleingang höhlt diese Vorrangstellung der UNO aus: der Alleingang der Intervention wie der Alleingang des „Ohne uns“. Das Ergebnis für die Zukunft wird dasselbe sein: Schwächung der Vereinten Nationen. Ähneln sich die Regierungen bei verschiedenen Vorzeichen im Ergebnis am Ende nicht doch? Nämlich in dieser Schwächung der Vereinten Nationen durch Alleingänge?

Nehmen wir also die juristisch-politischen Fragen mit größter Genauigkeit in den Blick. Dann ist zunächst darauf aufmerksam zu machen, daß wir die Jahrzehnte der Globalisierung, die 80er und 90er Jahre teilweise vertan haben. Sie sind uns gleichsam ergebnislos durch die Finger geronnen. Statt uns wirklich um die ethische Gestaltung der Globalisierung zu bemühen, wozu Papst Johannes Paul unermüdlich aufruft, haben wir in den 90er Jahren – ökonomietrunken, mit angeheiterten Börsen – allzu optimistische Melodien gepfiffen. Wir haben dabei vertan, was die große Chance nach Beendigung des Kalten Krieges war: Das immer neue Entfachen von Kriegerherden durch geeignete Instrumente der Durchsetzung internationalen Rechts einzudämmen. Stattdessen ging es weiter wie

es immer ging seit 1945: wir stolperten von Konflikt zu Konflikt: von Korea nach Vietnam, von Vietnam nach Afghanistan, von Afghanistan nach Jugoslawien, von Jugoslawien nach Tschetschenien. Das unsagbare Verbrechen markiert auch diese lange Geschichte einer zerrissenen Welt. So geht es nicht weiter. Wir können nicht weiter von Konflikt zu Konflikt stolpern. Wir dürfen nicht weiter die Defizite der Gestaltung einer gerechten Weltordnung unbearbeitet lassen.

Gestaltung einer neuen Weltordnung, das bedeutet unter anderem:

- Die Verhinderung von Gewalt durch das Gewaltmonopol der UNO. Wenn so auch die Entwicklung, Verbreitung und schließlich Anwendung aller Massenvernichtungsmittel zumindest eingedämmt werden soll, dann muß auch klar sein: Das größte Massenvernichtungsmittel derzeit ist die ungerechte Weltwirtschaftsordnung. Gibt es eine größere Massenvernichtung als den Hunger in Afrika?
- Die gerechte Teilhabe am technologischen Fortschritt. Dabei muß klar sein, daß z.B. die Entwicklung medizinischer Technik, etwa neuer Medikamente gegen Aids, gewiss ein Fortschritt ist, ein wirklicher Fortschritt ist aber erst erreicht, wenn diese Medikamente die Dritte Welt tatsächlich erreichen, erschwinglich sind. Diese Teilhabe am technologischen Fortschritt muß durch Instrumente der Global Governance, eines weltweit abgestimmten Regierens, gewährleistet sein.
- Der Schutz kultureller Identitäten. In diesem Zusammenhang ist sicherlich richtig, daß Diktaturen wie die Saddam Husseins nicht zur kulturellen Identität des Islam gehören. Das darf also nicht geschützt werden. Gleichwohl: Gerade die Kulturen, die nicht zum nördlich-westlichen Kulturkreis gehören, haben in den letzten Jahrzehnten Erfahrungen der Erniedrigung, der kulturellen Demütigung gemacht wie wohl noch nie in ihrer Geschichte.
- Gestaltung einer neuen Weltordnung, das bedeutet eine versöhnungsorientierte weltweite Bildungspolitik: Die gegenwärtigen Konflikte entstehen keineswegs wie Naturereignisse. Sie haben vielmehr zu tun mit dem kollektiven Gedächtnis der Völker, mit Konflikten und Verletzungen, die oft schon über Jahrhunderte zurückliegen. Wir müssen ein Bildungsniveau schaffen, in dem solche Erinnerungen, und zwar die Erinnerung an die Leiden der Anderen, aufbewahrt sind.

Mit solchem Ethos stehen wir Kirchen auch den Soldaten zur Seite. Wir wollen nicht mehr von Konflikt zu Konflikt stolpern, wir wollen die Frage der Gerechtigkeit nicht aufgeben. Denn, wie der Papst sagte: „Jeder Krieg ist eine Niederlage für die Menschheit.“

Noch einmal: So sehr ein Präventivkrieg völkerrechtlich und nach christlicher Lehre sittlich nicht erlaubt ist, bleibt doch die Erkenntnis, dass man auch in Zukunft in dieser Welt militärische Interventionen nicht ausschließen können. Aber diesbezüglich kritische Fragen müssen an die Politik der internationalen Gemeinschaft gehen, nicht an die Streitkräfte. Wer Interventionen begrenzen oder ausschließen will, muss tragfähige internationale Strukturen und Instrumente schaffen, die Konflikte friedlich regeln können; der muss letztlich Konzepte der Gerechtigkeit vorlegen, die allen Menschen die gleichen Lebenschancen gewährt.

Nun ist die militärische Intervention bis heute kein Regel-, sondern ein Grenzfall. Ein Grenzfall und Ernstfall nämlich der Einsicht, dass es weltweit, besonders da wo unterschiedliche Kulturen, Ökonomien und Sozialsysteme aufeinandertreffen, - dass es weltweit gültige Maßstäbe der Menschlichkeit geben muss. Gäbe es diese Maßstäbe nicht, könnte man ja alles so laufen lassen. Die Intervention ist der äußerste Grenzfall für die Einsicht: Die Globalisierung braucht ethische Maßstäbe.

Dies ist die eigentliche Herausforderung des Friedens heute, nämlich die Entwicklungen des Eine-Welt-Werdens ethisch zu gestalten. Zu Recht erwartet die Welt von den Religionsgemeinschaften, dass sie hier die Konflikte nicht schüren, sondern gerade aus ihrem Jahrtausende alten Überlieferungen einen Beitrag zur ethischen Gestaltung der Globalisierung leisten.

Was ist aber der Beitrag der Christen in der Globalisierung? Dieser Beitrag ist in einem fast unscheinbaren Satz im heutigen Evangelium formuliert: „Geht zu allen Völkern.“ Das heißt: Die christliche Botschaft, das Evangelium, gehört nicht einem Volk und einer Kultur, wir reden nicht vom Exklusivgott Europas oder Nordamerikas, wir reden von Gott, dem Schöpfer und Vater aller Menschen und aller Völker. Das ist der geschichtliche Ursprung und der christliche Kern einer Politik der Menschenrechte. Das heißt umgekehrt, christlich können wir nur leben im Blick auf die Anderen, „in allen Völkern“, nicht allein im Blick auf uns selbst. Unsere Gottesrede muss sich immer auch daran bewähren, dass sie die Antlitze aller Menschen im Blick behält und für sie eintritt: die Hungernden und Unterdrückten zuerst! – Ob den Regierenden gelegen oder ungelegen!

Amen!